

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

11.09.2017

Protokoll

**der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen
am Montag, 11. September 2017 im Beratungsraum A202 im Stadthaus**

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:40 Uhr

Anwesenheit

Herr André Bleckmann

Frau Bettina Bruns

Herr Jan Evers

Frau Yvonne Görs

Frau Ina Abel

in Vertretung von Herrn Heiko Jaap

Herr Erik von Malottki

in Vertretung von Herrn Dr. Andreas Kerath

Herr Markus Kolbe

Herr Jörg König

Herr Alexander Krüger

Herr Thomas Mundt

Herr Walter Noack

Herr Dr. Sascha Ott

Frau Birgit Socher

Herr Dr. Rainer Steffens

Frau Brigitte Witt

Verwaltung

Herr Dr. Stefan Fassbinder

Herr Gero Maas

Herr Winfried Kremer

Frau Katrin Teetz

Frau Beate Schinkel

Frau Carola Felkl

Herr Achim Lerm

Frau Antje Köppe

Herr Fred Wixforth

Frau Martina Meyer

Gäste

Frau Anita Weiß - Seniorenbeirat

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 12.06.2017
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 6.1. Einrichtung eines Public-Viewings zur Fußballweltmeisterschaft
CDU-Fraktion
 - 6.2. Grillplatz Credner-Anlagen
CDU-Fraktion
 - 6.3. Schaffung von Parkplätzen vor dem Kindergarten im OT Riems
Frau Marion Heinrich, Vorsitzende der OTV Riems
 - 6.4. Rückholung HA-Beschluss: Stufenweise Pachtzinserhöhung (HA-203/17)
Fraktion DIE LINKE / interfraktionell angestrebt
 - 6.5. Pachtzinserhöhung Kleingartenanlage
Fraktion DIE LINKE / interfraktionell angestrebt
 - 6.6. Aussetzung der Pachterhöhung für Kleingärtner bis eine Kleingartenkonzeption vorliegt
SPD-Fraktion
 - 6.7. Erarbeitung einer Kleingartenkonzeption zur zukünftigen Entwicklung der Greifswalder Kleingärten
SPD-Fraktion
 - 6.8. Jahresabschluss 2016 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Eigenbetrieb Abwasserwerk Greifswald
 - 6.9. Nachtrag 2017 und Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebs „Hanse-Kinder“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
 - 6.10. Darstellung des zukünftigen Bedarfs an Klassenräumen an öffentlichen Regional- und Gesamtschulen
Dez. I, Amt 41
 - 6.11. Umsetzungsbeschluss zur Errichtung einer neuen Grundschule mit Orientierungsstufe einschließlich Hort und Sporthalle am Standort Verlängerte Scharnhorststraße (B-Plan-Gebiet Nr. 114)
Dez. I, Amt 41
 - 6.12. Prioritätenliste für die Projektaufufe 2. Call zur EFRE-Förderung 2014-2020
Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung
 - 6.13. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2018
Prioritätenliste
Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung
 - 6.14. Information über die Herausgabe des Immobilienberichtes 2016
Dez. II, Amt 23
 - 6.15. Information zur DGNB-Zertifizierung der Käthe-Kollwitz-Schule
Dez. II, Amt 23
 - 6.16. Außerplanmäßige Ausgabe für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen des Bebauungsplans Nr. 13 – Am Elisenpark -
Dez. II, Amt 23

- 6.17. Mehrkosten für den Einsatzleitwagen
Dez. II, Amt 32
- 6.18. Überplanmäßige Ausgabe für die Beschaffung eines Wechselladerfahrzeuges (WLF) mit 4 Abrollbehältern und feuerwehrtechnischer Beladung sowie Umbau des vorhandenen Mehrzweckfahrzeuges zum WLF
Dez. II, Amt 32
- 6.19. Beschluss zum Ausbau des Trelleborger Weges sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung
Dez. II, Amt 60
- 6.20. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 199 – „Schönwalde II – Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - SOS“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2017 / 2018 – Beschluss der Bürgerschaft vom 27.02.2017 (B497-18/17)
Dez. II, Amt 60
- 6.21. Nahverkehrsplan 2017 bis 2027 für den Landkreis Vorpommern-Greifswald und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 60
- 6.22. Hafengebührensatzung 2017/2018/2019/2020/2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 66
- 7. Information der Verwaltung
- 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
- 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
- 10. Sitzungsende

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 15 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der TOP 6.17 -Ausbau Trelleborger Weg sowie Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung - wurde zurückgezogen.

Der TOP 6.9. – Umsetzungsbeschluss Errichtung neue Grundschule, Verlängerte Scharnhorststraße – wird in den nächsten Zyklus verschoben.

Die Tischvorlage – Aussetzung der Pachterhöhung für Kleingärtner bis eine Kleingartenkonzeption vorliegt – wird unter TOP 6.6. eingeordnet.

Die Tischvorlage – Erarbeitung einer Kleingartenkonzeption zur zukünftigen

Entwicklung der Greifswalder Kleingärten wird unter TOP 6.7. eingeordnet.

Frau Socher schlägt vor, dass die Kleingartenkonzeption nicht als Tischvorlage behandelt wird, sondern in den normalen Sitzungslauf gebracht und dort beraten wird.

Abstimmungsergebnis des TOP 6.7.: 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

Die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt: 11 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 12.06.2017

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

TOP 5. Beschlusskontrolle

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Einrichtung eines Public-Viewings zur Fußballweltmeisterschaft

06/1094 Bei der Vorlage handelt es sich um einen Prüfauftrag.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

TOP 6.2. Grillplatz Credner-Anlagen

06/1095 Bei der Vorlage handelt es sich ebenfalls um einen Prüfauftrag.

Auf Anfrage von Frau Görs zur Lärmproblematik erklärt Herr Wixforth, dass eventuell ein oder zwei Veranstaltungen eskaliert sind. Ansonsten rät er, aufgrund der Verantwortlichkeiten, von einem Grillplatz ab und tendiert zu einer Duldung des freien Grillens.

In der weiteren Diskussion wird angeregt, dass auch über alternative Standorte nachgedacht wird. Weiterhin sollte geprüft werden, wie die Vergabe des Platzes erfolgen soll und mit welchen Kosten allein nur für die Entsorgung der Asche zu rechnen ist.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

TOP 6.3. Schaffung von Parkplätzen vor dem Kindergarten im OT Riems

06/1125 Herr Maas erklärt, dass diese Parkplätze zurzeit finanziell noch nicht eingeplant sind. Als momentane Lösung wird nach Auskunft des Kita-Eigenbetriebes für das „Wilde Parken“ eine Wiese genutzt.

In Bezug auf die Kosten, den Bedarf, die Fläche und die rechtlichen Fragen wird dem Ortsteilrat ein umfassender Prüfauftrag empfohlen.

Die Vorlage wird nicht abgestimmt.

TOP 6.4. Rückholung HA-Beschluss: Stufenweise Pachtzinserhöhung (HA-203/17)

06/1137 Frau Socher erklärt, dass sie zum Kreisverband der Gartenfreunde e.V. Kontakt aufgenommen habe. Von dort wurde anfänglich signalisiert, dass man die Erhöhung von 10,8 Cent vertreten könne. Nach erneuter Diskussion, stellte sich heraus, dass die Mehrheit sich doch nicht für die 10,8 Cent, sondern für 10 Cent Erhöhung ausspricht; unter der Prämisse, 10 Cent für 10 Jahre, dann sollen 5 % wieder zurückfließen.

Sie bittet, die zweite Vorlage zu ändern und anstatt der 10,8 Cent die gewünschten 10 Cent aufzunehmen.

Herr Noack spricht sich gegen eine Pachtzinserhöhung aus. Zusammen mit Herrn Multhauf hatte seine Fraktion bereits im Mai gegen den Vorschlag der Verwaltung gestimmt.

Herr von Malotki erklärt, dass seine Fraktion keiner Erhöhung des Pachtzinses gegen den Willen der Betroffenen zustimmen wird. Er schlägt vor, dieses Thema ausführlich in der „AG Kleingärten“ zu diskutieren.

Herr Kremer weist darauf hin, dass die Vorschläge der Verwaltung in Abstimmung mit dem Vorstand erarbeitet wurden. Wenn der Pächter jeder Erhöhung erst zustimmen soll, weiß er nicht, wie die Verwaltung agieren soll.

Die Stadt schiebt ein Investitionsprogramm von 30 Mio. EUR vor sich her. In zwei bis drei Jahren wird sich das Kreditvolumen im Haushalt erhöhen und die Kosten werden damit in die Zukunft verlagert. Wer soll das künftig bezahlen. Der Verantwortung sollte man jetzt gerecht werden.

Herr Evers findet es absurd, die Zahlung von 36,00 EUR oder 48,00 EUR für die ganzjährige Nutzung einer 450 Quadratmeter großen Kleingartens zu einer sozialen Frage zu erklären.

Nach weiterer Diskussion wird die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

TOP 6.5. Pachtzinserhöhung Kleingartenanlage

06/1138 Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.6. Aussetzung der Pachterhöhung für Kleingärtner bis eine Kleingartenkonzeption vorliegt

06/1155 Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.7. Erarbeitung einer Kleingartenkonzeption zur zukünftigen Entwicklung der Greifswalder Kleingärten

06/1156 Die Kleingartenkonzeption befindet sich in der Erarbeitung.

TOP 6.8. Jahresabschluss 2016 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1097 Herr Evers hat eine Frage zum festgestellten Jahresabschluss von 726 TEUR. Es wird auf eine entsprechende Gewinnausschüttung verzichtet. Die Begründung ist, dass die Eigenkapitalausstattung nach den Vorschlägen des Landesrechnungshofes noch nicht die erforderliche Quote erreicht hat. Wenn das nur ein Vorschlag ist, kann doch auch etwas anderes entschieden werden.

Frau Köppe:

Der Landesrechnungshof hat irgendwann beschlossen, dass diese 30 % für Eigenbetriebe wirksam werden. Diese 30 % sind auch an die Ausschüttung gekoppelt. Die Gewinnausschüttung erfolgt nur, wenn das Eigenkapital nicht vorhanden ist.

Herr Maas erklärt, dass es sich um eine Vorgabe des Landesrechnungshofes handelt. Dieser bestimmt auch den Prüfer für die jeweiligen Eigenbetriebe, der daran interessiert ist, die Vorgabe einzuhalten.

Frau Teetz ergänzt, dass Grundlage die Eigenbetriebsverordnung ist. In dieser wird geregelt, dass Eigenbetriebe für die Erfüllung der Aufgaben mit angemessenem Kapital auszustatten sind. Daher gibt es einen Grundwert des Landesrechnungshofes, der die Prozentzahl von 30 % für die Gebührenhaushalte enthält. Diese sollten nicht unterschritten werden. In diesem Jahr kommt man erstmals mit dem Abwasserwerk unter die 30 %. Daher ist die Entscheidung getroffen worden, keine Ausschüttung vorzunehmen.

Herr Evers erklärt, dass es sich nach seinem Verständnis um eine Soll-Vorschrift handelt, an die man sich nicht halten muss. Die Unterschreitung der 30 % liegt an den erheblichen Investitionen im Abwasserwerk. Er spricht sich für eine

Ausschüttung aus, vielleicht von erst einmal 50 %.

Er fordert die Verwaltung auf, zu überlegen, ob man diese Einnahmequelle nicht nutzen sollte.

Nach weiteren Erläuterungen wird die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

TOP 6.9. Nachtrag 2017 und Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebs „Hanse-Kinder“

06/1102 Herr von Malottki freut sich über die 98 %ige Auslastung. Das zeigt aber auch den großen Bedarf an Kita-Plätzen. Das jetzige Angebot kann kaum noch ausgebaut werden.

Herr Lerm weist auf begrenzte Möglichkeiten hin, wie z. B. durch eine Ausnahmeregelung für längstens 3 Monate eine Überbelegung vorzunehmen. Geplant ist auch der Neubau von 2 Kitas. Herr Lerm möchte aber den jetzigen guten Stand bei dem Abbau des millionenschweren Minus nicht gefährden. Durch andere Einrichtungen werden ebenfalls Kita-Plätze angeboten. Im kommenden Jahr ist die Sanierung der Kita „Friedrich Wolff“ geplant. Um zusätzliche Plätze zu schaffen, wurde ebenfalls über den Ausbau des gesamten Obergeschosses in der Einrichtung „Lütt Matten“ nachgedacht.

Herr Dr. Fassbinder ist im Gespräch mit dem Landkreis, der für ein ausreichendes Platzangebot verantwortlich ist. Der Landkreis hat aufgezeigt, dass in den nächsten Jahren Erweiterungen erfolgen sollen.

Es wird festgestellt, dass der Eigenbetrieb in seiner Entwicklung auf einem guten Weg ist.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

TOP 6.10. Darstellung des zukünftigen Bedarfs an Klassenräumen an öffentlichen Regional- und Gesamtschulen

06/1136 Herr von Malottki schlägt vor, die Vorlage im Bildungsausschuss zu besprechen.

Frau Felkl erläutert den Grund für das Einbringen der Informationsvorlage. Im Zusammenhang mit dem Umsetzungsbeschluss zum Neubau einer Grundschule sollte der Bürgerschaft aufgezeigt werden, welcher zusätzliche Bedarf an Klassenräumen an den öffentlichen Regional- und Gesamtschulen besteht.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.11. Umsetzungsbeschluss zur Errichtung einer neuen Grundschule mit Orientierungsstufe einschließlich Hort und Sporthalle am Standort Verlängerte Scharnhorststraße (B-Plan-Gebiet Nr. 114)

06/1109 Die Vorlage wird in den nächsten Zyklus verschoben.

TOP 6.12. Prioritätenliste für die Projektaufrufe 2. Call zur EFRE-Förderung 2014-2020

06/1128 Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

**TOP 6.13. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2018
Prioritätenliste**

06/1119 Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

TOP 6.14. Information über die Herausgabe des Immobilienberichtes 2016

06/1106 Anhand einer Präsentation wird die Vorlage durch das Amt 23 erläutert.

In der umfangreichen Diskussion werden durch Herrn Kremer Fragen beantwortet.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.15. Information zur DGNB-Zertifizierung der Käthe-Kollwitz-Schule

06/1114 Die Vorlage wird durch Herrn Kremer eingebracht.

Die für den Neubau der Käthe-Kollwitz-Schule zuerkannten Qualitäten des nachhaltigen Bauens sowie das erreichte Zertifikatsergebnis sollen zukünftig für alle Neubaumaßnahmen und Komplett-sanierungsmaßnahmen gelten.

In der anschließenden umfangreichen Diskussion bemängelt Herr Evers die kleinen Klassenräume. Er möchte nicht, dass diese für zukünftige Bauten als Standard gelten.

Die Finanzausschussmitglieder einigen sich zum Abschluss der Diskussion darauf, den Punkt 2 in der Vorlage umzuformulieren.

Auf Antrag von Herrn Dr. Steffens wird der 1. und 2. Punkt gesondert abgestimmt:

Punkt 1. wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 2 wird umformuliert:

Die Bürgerschaft bestätigt, dass künftig grundsätzlich alle Neubaumaßnahmen und Komplettsanierungsmaßnahmen dem Mindeststandard in Silber für Bundesbauten entsprechen sollen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 5 nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

TOP 6.16. Außerplanmäßige Ausgabe für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen des Bebauungsplans Nr. 13 – Am Eisenpark -

06/1112 Es wird angeregt, dass für die Aufforstungsvorlage ein Maßnahmenkatalog durch die Stadt erstellt wird.

Auf Anfrage, erklärt Herr Kremer, dass in den 1,1 Mio. EUR alle Aufwendungen für Ausgleichersatzmaßnahmen und Maßnahmen für den Naturschutz enthalten sind. Es muss Ausgleich geschaffen werden für die Brutvögel (Anbringen von Nistkästen), für teilweise Waldflächen und die Beanspruchung der Flächen, hauptsächlich Bauland.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

TOP 6.17. Mehrkosten für den Einsatzleitwagen

06/1101 Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.18. Überplanmäßige Ausgabe für die Beschaffung eines Wechselladerfahrzeuges (WLF) mit 4 Abrollbehältern und feuerwehrtechnischer Beladung sowie Umbau des vorhandenen Mehrzweckfahrzeuges zum WLF

06/1105 Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.19. Beschluss zum Ausbau des Trelleborger Weges sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung

06/1096 Die Vorlage wurde zurückgezogen.

TOP 6.20. Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 199 – „Schönwalde II – Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - SOS“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2017 / 2018 – Beschluss der Bürgerschaft vom 27.02.2017 (B497-18/17)

06/1124 Herr Maas gibt zur Kenntnis, dass ein Fehler bei der Erstellung der Haushaltssatzung passiert ist. Die Verpflichtungsermächtigungen sind gegenüber dem eigentlichen Bedarf, der in den Anlagen dargestellt wurde, fehlerhaft aufgenommen worden. Daher musste mit dieser Vorlage eine Berichtigung erfolgen.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.21. Nahverkehrsplan 2017 bis 2027 für den Landkreis Vorpommern-Greifswald und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1127 In der Debatte wird besonders die Herstellung der Barrierefreiheit bei den Bushaltestellen diskutiert.
Herr Dr. Fassbinder weist darauf hin, dass die erforderlichen Maßnahmen im Rahmen der Ausbaumaßnahmen stattfinden sollen. Dabei gibt es seitens des Gesetzgebers auch die Möglichkeit der Kostenüberschreitung.

Es wird der Vorschlag gemacht, zusammen mit dem Seniorenbeirat abzusprechen, welche Haltestellen besonders wichtig sind. Das könnte Grundlage für die Diskussion in der nächsten Haushaltsberatung sein.

Herr Mundt erklärt zum Abschluss der Diskussion, dass die Stadt den Nahverkehr wieder zurückgeholt hat und daher auch für die Bushaltestellen verantwortlich ist. Er betont, dass in dieser Sitzung über den Nahverkehrsplan abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen

TOP 6.22. Hafengebührensatzung 2017/2018/2019/2020/2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1120 Aufgrund der vielen Kritikpunkte, die bereits im Vorfeld zu hören waren, stellt Frau Socher den Antrag, die Beschlussvorlage zurückzustellen.

Herr Wixforth erklärt, dass die neue Satzung dringend benötigt wird, weil die alte Satzung 2016 ausgelaufen ist. Er weist Frau Socher darauf hin, dass nicht die Kalkulation beschlossen werden soll, sondern nur die Satzung mit den Gebührensätzen.

Der Antrag von Frau Socher wird abgestimmt: 6 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen

Im Anschluss wird die Beschlussvorlage umfassend diskutiert.

Herr Krüger belobigt die sehr gute Arbeit der Segler. Er schlägt vor, den Anteil ihrer Liegeplätze aus der Hafengebührensatzung herauszunehmen und die Vereine als Sportstätten zu führen. Die Vereine könnten in die Sportförderrichtlinie aufgenommen und entsprechend entlastet werden.

Herr Wixforth verweist auf die Satzung, in der bereits gemeinnützige Vereine der Kinder und Jugendarbeit Berücksichtigung finden. Dabei handelt es sich um Ermäßigungen aus sozialen Gründen.

Herr von Malotki zweifelt an, dass die angegebenen Zahlen für die Kostendeckung des Hafens realistisch sind. Daher sollten kostendeckende Gebühren genommen werden. Er errechnet eine Subvention von ca. 200 TEUR im Jahr für die Unternehmung Seehafen.

Herr Wixforth erklärt, dass in der Kalkulation für Ladebow die Subventionen ausgewiesen werden.

Mit 60 Ct. Sind die Kosten des Hafens Ladebow nicht kostendeckend.

Herr von Malotki wünscht, dass die genauen Kosten für den Hafen Ladebow dargelegt werden.

Auf Nachfrage erklärt Herr Wixforth, dass es kritische Stimmen gibt, wenn Gebühren erhoben werden aufgrund einer unwirksamen Gebührensatzung. Das wäre ein Straftatbestand.

Herr Dr. Fassbinder verweist darauf, dass wenn keine Abstimmung erfolgt, im nächsten Zyklus dieselbe Situation besteht. Daher bittet er um klare Vorgaben, in welche Richtung es gehen und welche Gedanken sich die Verwaltung machen soll.

Herr Mundt erklärt, dass es nur noch um die Abfrage an die Vereine geht, ob diese bereit sind, für die Liegeplätze Pachtverträge abzuschließen.

Frau Socher möchte wissen, ob mit der Satzung bis zum 11. Dezember gewartet werden kann.

Herr Wixforth hat dabei ein schlechtes Gefühl.

Er würde begrüßen, die Vereine herauszulösen und als Sportstätten zu führen. Nur müsste sich jemand finden, der es den Vereinen nahebringt.

Herr Mundt stellt den Antrag, die Vorlage auf den nächsten Finanzausschuss zu verschieben.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

TOP 7. Information der Verwaltung

Herr Dr. Fassbinder:

Die Bürgerschaft hatte beschlossen, dass die Stadt sich wegen der Kreisumlage an den Kreis wendet. Da auf das entsprechende Schreiben noch keine Antwort erfolgte, hat man sich an Herrn Wille gewandt. Dieser bot an, entweder zusammen mit der Landrätin eine Antwort zu verfassen und der Stadt zuzuschicken oder dass er in eine Finanzausschusssitzung kommt und dort zum Thema Kreisumlage spricht.

Herr Mundt lädt Herrn Wille zur Sitzung ein.

Herr Kremer informiert, dass die großen Baumaßnahmen planmäßig verlaufen. Probleme sind in der Arndtschule aufgetreten. Beim Austausch der Heizungsanlage wurden Schadstoffe gefunden. Daher bestehen 4 Wochen Bauverzug. Ende der nächsten Woche soll die Heizungsanlage wieder funktionieren.

Herr Maas erläutert den als Informationsvorlage ausgereichten Quartalsbericht. Mit dem Stand 30.06.2017 sind die Steuereinnahmen etwas im Rückstand (im Teilhaushalt 11). Konsequenzen ergeben sich daraus noch nicht.

Es sind Minderauszahlungen im Bereich des Personalhaushaltes von ca. 370 TEUR zu verzeichnen. Es handelt sich um vorläufige Zahlen.

Der Jahresabschluss 2012 soll in den nächsten Zyklus eingebracht werden.

Daraus resultierend verzögert sich auch der Jahresabschluss 2013. Ziel ist, dass zumindest in diesem Jahr die Aufstellung eingebracht werden kann.

Die Planung für den Haushalt 2019/2020 wird im 1. Quartal vorbereitet, so dass ein 1. Entwurf in die Gremien gegeben werden kann.

Auf Nachfrage von Frau Socher erklärt Herr Maas, dass die Terminstellung Ende August nicht eingehalten werden konnte. Es gibt noch ein paar Beanstandungen, die ausgeräumt werden müssen. Neben nur noch einem Teil im Bereich Anlagevermögen Amt 23 betrifft es noch Klärungen im Bereich der Kasse. Herr Maas bestätigt, dass eine Vorlage für Wesentlichkeitsgrenzen zur Abstimmung in der Kämmerei vorliegt. Sie soll in den nächsten Zyklus eingebracht werden.

Frau Teetz informiert, dass die Neustrukturierung/Verschmelzung der Stadtwerke zum 01.08.17 in das Handelsregister eingetragen worden ist wie auch rückwirkend die Neufassungen der Gesellschaftsverträge.

TOP 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr von Malottki hat eine Frage zum FAG:

Hat die Stadt 200 TEUR Mehreinnahmen zu erwarten und inwiefern steht das im Verhältnis zur angenommenen Umsatzsteuerentwicklung? Handelt es sich um zusätzliche Einnahmen oder nimmt das Land diese weg.

Herr Maas antwortet, dass es ein Regierungsentwurf zur Änderung des FAG gibt, der erst einmal die Stufe 2018/2019 betrifft. 2020 soll es eventuell noch eine Änderungsstufe geben. Es gibt verschiedene Änderungen in dem Bereich, die diskutiert werden.

Die 200 TEUR Mehrzahlungen hat das Land aufgrund von Vergleichsrechnungen zur Verfügung gestellt.

Dabei ist nicht berücksichtigt, dass die Erhöhungen, die sich in einem bestimmten Bereich ergeben, kreisumlagefähig sind. In zwei Jahren wäre man kreisumlagepflichtig und im Endergebnis haben wir weniger, als zum jetzigen Stand.

Auf längere Sicht schneidet die Stadt zur bisherigen Regelung nicht besser ab. Wie es ab 2020 wird, ist noch offen.

TOP 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

TOP 10. Sitzungsende

Herr Mundt beendet die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses.

gez.
Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

gez.
Martina Meyer
für das Protokoll